

Antrag auf Erläuterung des Verfahrens im Zusammenhang mit dem Ausschluss

Vor Aufruf von Tagesordnungspunkt 4 (Berufungsfall morphium: Berufung gegen Ausschluss) wird folgender Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Vorstand wird gebeten, im Rahmen der Mitgliederversammlung das Verfahren rund um den Ausschluss von morphium transparent darzustellen und folgende Fragen zu beantworten:

1. **Wie wurde die Einladung zur Mitgliederversammlung im Hinblick auf den Status von morphium gehandhabt?** (Wurde morphium als Mitglied oder als Nichtmitglied behandelt? Welche Überlegungen lagen dem zugrunde?)
2. **Wie bewertet der Vorstand die rechtliche Wirkung des Ausschlussbeschlusses sowie einer eingelegten Berufung hiergegen?** (Welche Rechtsfolgen wurden angenommen? Besteht nach Auffassung des Vorstands die Mitgliedschaft bis zur Entscheidung der Mitgliederversammlung fort oder nicht?)
3. **Welche rechtlichen Überlegungen lagen der Einschätzung zugrunde, ob die Mitgliedschaft bis zur Entscheidung der Mitgliederversammlung fortbesteht oder nicht?** (Wurde rechtlicher Rat eingeholt? Welche Satzungsbestimmungen und welche Rechtsprechung wurden herangezogen?)
4. **Welche Schritte und Maßnahmen wurden vor Einleitung des Ausschlussverfahrens unternommen, um eine andere Lösung zu erreichen?** (Gab es Gespräche, Abmahnungen, Vermittlungsversuche? Warum wurden diese als erfolglos bewertet?)
5. **Aus welchen Gründen wurde auf den Vorschlag einer Mediation nicht eingegangen?** (Falls der Vorschlag bekannt war: Was sprach aus Vorstandssicht gegen eine Mediation?)

Begründung:

Der Ausschluss eines Mitglieds ist die schwerwiegendste Entscheidung, die ein Verein treffen kann. Sie entzieht einem Menschen die Mitgliedschaft und greift tief in dessen Rechte ein. Umso wichtiger ist es, dass eine solche Entscheidung auf einem transparenten und rechtlich einwandfreien Verfahren beruht.

Die beantragte Erläuterung dient mehreren Zielen:

1. **Informierte Entscheidungsfindung:** Als Mitglieder tragen wir Mitverantwortung, wenn wir über einen Ausschluss abstimmen. Wir müssen wissen, ob das bisherige Verfahren korrekt war, denn andernfalls stimmen wir möglicherweise über einen Beschluss ab, der später vor Gericht keinen Bestand hat.
2. **Transparenz als Vereinswert:** Unser Verein versteht sich als basisdemokratisch. Transparenz über wichtige Verfahrensschritte sollte daher selbstverständlich sein. Die Mitglieder haben ein Recht zu erfahren, wie der Vorstand in ihrem Namen gehandelt hat.
3. **Vermeidung rechtlicher Risiken:** Die Fragen zielen auf Punkte, die für die Rechtmäßigkeit des Verfahrens entscheidend sein können. Die Rechtsprechung (zuletzt OLG Hamm, 06.01.2025) stellt hohe Anforderungen an Ausschlussverfahren. Bereits kleinere Formfehler können einen Ausschluss unwirksam machen und den Verein erheblichen Kostenrisiken aussetzen.
4. **Grundlage für weitere Beschlüsse:** Die Antworten des Vorstands werden uns allen helfen, uns eine fundierte Meinung zu bilden – ob es nun um den Ausschluss selbst oder um alternative Lösungswege wie eine Mediation geht.

Der Antrag verlangt nichts Unbilliges, sondern nur das, was in einem basisdemokratischen Verein selbstverständlich sein sollte: Offenheit über das Verfahren, bevor weitreichende Entscheidungen getroffen werden.